

Allgemeine Geschäftsbedingungen der EasternGraphics GmbH („AGB-Allgemein“)

(Stand 2023-01-01)

I. Geltungsbereich, Ergänzende Vertragsbedingungen

(1) Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen („AGB-Allgemein“) der EasternGraphics GmbH, Albert-Einstein-Straße 1, 98693 Ilmenau, Deutschland („EGR“) finden auf alle Vertragsbeziehungen zu Kunden im Zusammenhang mit Lieferungen und Leistungen von EGR Anwendung und gelten als Vertragsbestandteil, soweit nicht in einer Individualvereinbarung zwischen EGR und dem Kunden schriftlich etwas anderes vereinbart ist. Die AGB gelten in ihrer jeweils aktuellen Fassung auch für künftige Geschäftsbeziehungen mit demselben Kunden, ohne dass EGR bei jedem einzelnen Vertragsabschluss mit dem Kunden auf deren Geltung hinweisen muss. Der Kunde kann jederzeit eine aktuelle Fassung der AGB bei EGR anfordern.

(2) Diese AGB-Allgemein gelten ausschließlich. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende AGB eines Kunden werden nur dann und insoweit Vertragsbestandteil, als EGR ihrer Geltung ausdrücklich und schriftlich zugestimmt hat. Dieses Zustimmungserfordernis gilt in jedem Fall, insbesondere auch dann, wenn EGR in Kenntnis der AGB des Kunden eine Lieferung oder Leistung an diesen vorbehaltlos ausführt.

(3) Die AGB-Allgemein ergänzen weitere Geschäftsbedingungen von EGR, insbesondere die Allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Überlassung/Lizenzierung von Software (AGB-Software), für die Softwarepflege (AGB-Pflege), für die Erbringung von Dienstleistungen („AGB-Dienstleistung“) und für die Vermietung von Software (AGB-Softwaremiet). Ziffer I. (1) und (2) dieser AGB gelten für die in Ziffer I. (3) genannten weiteren AGB entsprechend.

(4) Verweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie durch die AGB oder die weiteren Vertragsbedingungen von EGR nicht abgedungen werden.

II. Angebote, Vertragsschluss

(1) Angebote von EGR sind verbindlich, wenn sie eine Bindungsfrist ausdrücklich enthalten. In anderen Fällen sind Angebote von EGR freibleibend und unverbindlich. Dies gilt auch, wenn EGR dem Kunden Informationen, Produktbeschreibungen oder Dokumentationen überlässt.

(2) Jede Bestellung bzw. Beauftragung durch den Kunden gelten als verbindliches Vertragsangebot, sofern sich nicht daraus etwas anderes ergibt. EGR ist berechtigt, dieses Vertragsangebot innerhalb von 4 Wochen nach Zugang bei EGR anzunehmen. Die Annahme kann ausdrücklich oder durch Lieferung der Software/Lizenzen bzw. Erbringung der Leistungen an den Kunden erklärt werden.

(3) Dem Kunden ist bekannt, dass Software einer ständigen Weiterentwicklung unterliegt. Soweit dies für den Kunden zumutbar ist, kann EGR deshalb geänderte oder angepasste Software liefern bzw. herstellen oder sonstige Leistungen abweichend von der Vereinbarung erbringen. Eine solche Änderung ist insbesondere dann zumutbar, wenn hierdurch Inhalt und Umfang der Funktionen nicht eingeschränkt werden.

III. Lieferung, Leistung, Versand, Gefahrübergang

(1) Lieferungen und Leistungen werden ab dem Sitz von EGR erbracht. EGR ist berechtigt, dem Kunden Dokumentationen in elektronischer Form zu überlassen. Ein Anspruch auf eine gedruckte Version besteht nicht. Soweit nicht Abholung durch den Kunden oder durch Dritte vereinbart ist und der Kunde keine besonderen Anweisungen erteilt hat, ist EGR berechtigt, die Art der Versendung selbst zu bestimmen.

(2) Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung geht grundsätzlich mit der Übergabe auf den Kunden über. Der Übergabe steht es gleich, wenn der Kunde im Verzug der Annahme ist. Bei vereinbarter Versendung geht die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung bereits mit der Übergabe an die zur Ausführung der Versendung bestimmte Person auf den Kunden über.

(3) Fristen für Lieferungen und Leistungen sind nur dann verbindlich, wenn diese von EGR schriftlich ausdrücklich als verbindlich zugesichert sind. EGR kommt ohne schriftliche Mahnung des Kunden nicht in Verzug, auch wenn der Zeitpunkt für die Lieferung oder Leistung kalendermäßig bestimmt oder bestimmbar ist.

(4) Die Einhaltung von Fristen für Lieferungen oder Leistungen setzt voraus, dass der Kunde EGR sämtliche dafür erforderlichen Informationen rechtzeitig zur Verfügung stellt, insbesondere die ihm obliegenden Mitwirkungshandlungen rechtzeitig erbringt. Sind diese Voraussetzungen

nicht erfüllt, so verlängern sich die Fristen angemessen. Dies gilt nicht, wenn EGR die Verzögerung zu vertreten hat.

(5) Ist die Nichteinhaltung von Fristen auf höhere Gewalt, z.B. Krieg, Aufruhr, Streik, Aussperrung, Naturkatastrophen, Pandemien nicht rechtzeitige Belieferung durch einen Zulieferer oder ähnliche Ereignisse, zurückzuführen, verlängern sich die Fristen angemessen.

(6) EGR ist zu Teillieferungen und Teilleistungen berechtigt. Dies gilt nicht, wenn dem Kunden die jeweiligen Teillieferungen und Teilleistungen unzumutbar sind.

(7) Gerät EGR in Verzug, kann der Kunde im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn EGR den Verzug zu vertreten hat. Der Kunde ist verpflichtet, auf Verlangen von EGR innerhalb angemessener Frist zu erklären, ob er wegen des Verzuges vom Vertrag zurücktritt oder auf Lieferung bzw. Leistung besteht.

(8) Soweit die Lieferung oder Leistung unmöglich ist, ist der Kunde berechtigt, unter den gesetzlichen Voraussetzungen Schadensersatz zu verlangen, wenn EGR die Unmöglichkeit zu vertreten hat. Jedoch beschränkt sich der Schadensersatzanspruch des Kunden auf 25 % des Netto-Auftragswertes desjenigen Teils der Lieferung oder Leistung, der wegen Unmöglichkeit nicht in Betrieb genommen bzw. nicht genutzt werden kann. Das Recht des Kunden zum Rücktritt vom Vertrag bleibt hiervon unberührt.

(9) Schadensersatzansprüche des Kunden wegen Verzuges und wegen Unmöglichkeit der Lieferung oder Leistung und Schadenersatzansprüche statt der Leistung, die über die in Ziffer III. (8) genannten Grenzen hinausgehen, sind in allen Fällen des Verzuges und der Unmöglichkeit ausgeschlossen. Die Haftungsbeschränkungen in Ziffer III. (7) und III. (8) gelten jedoch nicht für Personenschäden, für vorsätzliche und grob fahrlässig verursachte Schäden und für Schäden durch die Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht. Eine wesentliche Vertragspflicht ist eine Pflicht, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertrauen darf. Die Haftung von EGR ist im Fall der fahrlässigen Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht auf den vertragstypisch vorhersehbaren Schaden beschränkt.

IV. Vergütungs- und Zahlungsbedingungen

(1) Soweit nicht ausdrücklich Festpreise vereinbart sind, richtet sich die Höhe des Preises bzw. der Vergütung für die jeweilige Lieferung bzw. Leistung nach der jeweils zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gültigen Preisliste von EGR. Alle Preise verstehen sich netto ab Sitz von EGR ohne Abzüge, zzgl. der jeweils geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer.

(2) EGR behält sich ausdrücklich vor, Scheck oder Wechsel abzulehnen. Ihre Annahme erfolgt nur erfüllungshalber. Diskont- und Wechselspesen sowie alle Kosten der Zahlung gehen zu Lasten des Kunden und sind sofort fällig.

(3) Für die Einhaltung von Zahlungsfristen ist der Eingang der vollständigen Forderung bei EGR maßgeblich.

(4) Dem Kunden steht ein Recht zur Aufrechnung nur dann zu, wenn seine Ansprüche rechtskräftig festgestellt oder von EGR schriftlich anerkannt wurden. Darüber hinaus kann der Kunde ein Zurückbehaltungsrecht nur ausüben, wenn seine Forderung, aufgrund der er die Zahlung zurückhält, auf demselben Vertragsverhältnis beruht und entweder rechtskräftig festgestellt oder von EGR schriftlich anerkannt ist.

(5) Kommt der Kunde mit Zahlungen in Verzug, hat EGR das Recht, weitere Leistungen aus demselben rechtlichen Verhältnis vorläufig einzustellen und sämtliche offenen Forderungen aus diesem Verhältnis sofort fällig zu stellen. Etwa für EGR geltende Termine bzw. Fristen zur Ausführung noch offener Lieferungen und Leistungen sind in diesem Fall hinfällig, ohne dass es eines besonderen Hinweises von EGR hierauf bedarf.

V. Eigentums- und Rechtevorbehalt

(1) Bis zur vollständigen Bezahlung aller fälligen Forderungen behält sich EGR sämtliche Rechte an den noch nicht bezahlten Lieferungen bzw. Leistungen vor. Dies gilt insbesondere für die Rechte an geistigem Eigentum (z.B. Nutzungsrechte an Software) und für das Eigentum an den gegenständlichen Lieferungen.

(2) Lieferungen bzw. Leistungen von EGR dürfen vor vollständiger Bezahlung der Forderung nicht an Dritte verpfändet, nicht abgetreten und nicht zur Sicherheit übereignet werden. Der Kunde hat EGR unverzüglich schriftlich mitzuteilen, wenn und soweit Zugriffe Dritter erfolgen oder zu erwarten sind.

Allgemeine Geschäftsbedingungen der EasternGraphics GmbH („AGB-Allgemein“)

(Stand 2023-01-01)

(3) Bei vertragswidrigem Verhalten des Kunden, insbesondere bei Nichtzahlung der fälligen Vergütung, ist EGR berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten und dem Kunden die eingeräumten Nutzungsrechte (z.B. Nutzungsrechte an Software) zu entziehen sowie die Herausgabe der gelieferten Sachen (z.B. Datenträger, Dokumentationen, etc.) verlangen.

(4) Soweit der Kunde berechtigt ist, die von EGR erhaltenen Lieferungen im ordentlichen Geschäftsgang weiter zu verkaufen, tritt er an EGR bereits jetzt seine Forderungen, die ihm aus der Weiterveräußerung gegen seine Abnehmer oder Dritte erwachsen, in Höhe der Forderungen von EGR ab. Zur Einziehung der Forderungen bleibt der Kunde auch nach Abtretung ermächtigt. Die Befugnis von EGR, die Forderung selbst einzuziehen, bleibt hiervon unberührt. EGR verpflichtet sich jedoch, die Forderung nicht einzuziehen, solange der Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommt, nicht in Zahlungsverzug gerät und insbesondere kein Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Kunden gestellt ist oder seine Zahlungen einstellt. Tritt einer der genannten Fälle ein, kann EGR verlangen, dass der Kunde EGR die abgetretenen Forderungen und deren Schuldner bekannt gibt, alle zum Einzug erforderlichen Angaben macht, die dazu gehörigen Unterlagen herausgibt und den Schuldnern die Abtretung mitteilt. EGR verpflichtet sich, die bestehenden Sicherheiten auf Verlangen des Kunden insoweit freizugeben, als der realisierbare Wert der Sicherheiten die zu sichernde Forderung um mehr als 10 % übersteigt. Die Auswahl der freizugebenden Sicherheiten obliegt EGR.

VI. Mitwirkungspflichten des Kunden

(1) Zur Vermeidung von Schäden durch Datenverlust ist der Kunde verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass sein Datenbestand täglich, tagaktuell und gemäß dem jeweils aktuellen Stand der Technik gesichert wird.

(2) Der Kunde wird im Rahmen der von EGR geschuldeten Leistungserbringung die Mitwirkungshandlungen unentgeltlich erbringen. Hierzu gehört insbesondere, dass der Kunde EGR alle für die Vertragserfüllung durch EGR erforderlichen Informationen unaufgefordert rechtzeitig mitteilt. Des Weiteren wird der Kunde rechtzeitig die für die Nutzung der Lieferungen bzw. Leistungen erforderlichen Voraussetzungen schaffen und Einrichtungen bereitstellen.

VII. Annahme und Abnahme der Lieferung und Leistung

(1) Nach jeder Lieferung oder Leistung hat der Kunde auf Verlangen von EGR unverzüglich schriftlich zu erklären, ob die Lieferung oder Leistung richtig, vollständig und frei von Mängeln ist (Feststellung vertragsgemäßer Leistung) bzw. ob und wenn ja welche Mängel bestehen.

(2) Bei Teillieferungen und Teilleistungen erstreckt sich die Annahmeerklärung nicht auf solche Eigenschaften, die erst im Zusammenhang mit späteren Lieferungen und Leistungen geprüft werden können.

(3) Lieferungen, Teillieferungen, Leistungen und Teilleistungen von EGR gelten spätestens sieben Tage nach Übergabe bzw. nach Fertigstellungsmitteilung von EGR als abgenommen, wenn der Kunde EGR innerhalb dieser Zeit keine Mängel anzeigt.

(4) Erweist sich eine Mängelrüge als unberechtigt, so ersetzt der Kunde EGR alle Aufwendungen, die durch diese entstanden sind.

VIII. Haftung

(1) EGR haftet für Personenschäden, für vorsätzlich oder grob fahrlässig verursachte Schäden und für Schäden durch die Verletzung wesentlicher Vertragspflichten nach den gesetzlichen Vorschriften.

(2) Im Übrigen ist die Haftung von EGR ausgeschlossen.

(3) Im Fall der Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht ist die Haftung von EGR auf den vertragstypisch vorhersehbaren Schaden begrenzt. Eine wesentliche Vertragspflicht ist eine Pflicht, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertrauen darf.

(4) EGR haftet nicht für den Verlust von Daten, wenn der Schaden bei ordnungsgemäßer Datensicherung im Verantwortungsbereich des Kunden nicht eingetreten wäre. Von einer ordnungsgemäßen Datensicherung ist dann auszugehen, wenn der Kunde seine Datenbestände täglich, tagaktuell in maschinenlesbarer Form gemäß dem jeweils aktuellen Stand der Technik nachweislich sichert und damit gewährleistet, dass diese Daten mit vertretbarem Aufwand

wiederhergestellt werden können. Die Haftung von EGR für Datenverlust - soweit nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig von EGR verursacht - ist auf den typischen Wiederherstellungsaufwand beschränkt, der bei ordnungsgemäßer Datensicherung angefallen wäre.

(5) EGR haftet ebenso wenig, wenn Mängel nach Änderung der Einsatz- oder Betriebsbedingungen bzw. der Systemumgebung, nach Bedienungsfehlern, nach Eingriffen in die Leistungen (z.B. in die Software), wie z.B. Veränderungen, Anpassungen, Verbindungen mit anderen Programmen oder nach vertragswidriger Nutzung auftreten, es sei denn, der Kunde weist nach, dass die Mängel bereits bei der Übergabe der Lieferung bzw. Leistung vorhanden waren und mit den oben genannten Ereignissen in keinem ursächlichen Zusammenhang stehen.

(6) Soweit die Haftung von EGR ausgeschlossen oder beschränkt ist, gilt dies auch für die persönliche Haftung von Mitarbeitern und Arbeitnehmern von EGR sowie für Dritte, die im Auftrag von EGR handeln.

(7) Soweit Schadensersatzansprüche nach den vorstehenden Absätzen ausgeschlossen oder beschränkt sind, erstreckt sich dieser Ausschluss oder diese Beschränkung auch jeweils auf Schadensersatz neben der Leistung und Schadensersatz statt der Leistung, gleich aus welchem Rechtsgrund, insbesondere wegen konkurrierender Ansprüche aus Mängeln, der Verletzung von Pflichten aus dem Schuldverhältnis, unerlaubter Handlung sowie Ansprüche auf Aufwendungsersatz. Für die Haftung für Verzug gelten zudem die Regelungen gemäß Ziffer III. (7), für die Haftung wegen Unmöglichkeit die Regelungen gemäß Ziffer III. (8).

(8) Die Haftung aus dem Produkthaftungsgesetz bleibt unberührt.

IX. Verjährung

Schadensersatzansprüche des Kunden, gleich aus welchen Rechtsgründen, verjähren in einem Jahr ab Gefahrübergang, ansonsten ab Anspruchsentstehung. Dies gilt nicht, soweit gesetzliche Regelungen kürzere Fristen vorsehen. Es gelten jedoch die gesetzlichen Verjährungsfristen:

- für Mängelansprüche, wenn EGR den Mangel arglistig verschwiegen oder eine Garantie für die Beschaffenheit übernommen hat;
- für Ansprüche wegen Personenschäden;
- für Ansprüche auf Schadensersatz, die auf vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Pflichtverletzung beruhen;
- für Ansprüche nach dem Produkthaftungsgesetz.

X. Fristsetzung, Androhung von Schadensersatz, Rücktritt und Kündigung

(1) Sofern der Kunde einen Anspruch auf Schadensersatz statt der Leistung oder einen Anspruch auf Aufwendungsersatz hat, nachdem eine von ihm gesetzte angemessene Frist erfolglos verstrichen ist, so muss eine solche Fristsetzung zusätzlich eine ausdrückliche Androhung des Kunden enthalten, dass er diesen Anspruch nach Fristablauf geltend machen wird.

(2) Vorstehende Ziffer gilt entsprechend, sofern dem Kunden das Recht zusteht, vom Vertrag zurückzutreten oder diesen aus wichtigem Grund außerordentlich zu kündigen, nachdem eine von ihm gesetzte angemessene Frist erfolglos verstrichen ist.

XI. Rechte Dritter

EGR stellt den Kunden von allen rechtskräftig festgestellten Ansprüchen frei, die Dritte gegen diesen wegen der Verletzung von Schutzrechten oder Urheberrechten durch seine vertragsgemäße und rechtmäßige Nutzung der von EGR erbrachten Leistungen haben, vorausgesetzt, dass der Kunde EGR unverzüglich schriftlich über diese Ansprüche informiert, keine Zugeständnisse, Anerkenntnisse oder diesen gleichkommende Erklärungen abgegeben hat und abgeben wird und sich gegen die geltend gemachten Ansprüche nach besten Kräften verteidigt hat. Freistellungsansprüche des Kunden bestehen insbesondere dann nicht, wenn und soweit der Kunde die Schutzrechtsverletzungen zu vertreten hat.

XII. Geheimhaltung, Vertraulichkeit

(1) Soweit die Vertragspartner vertrauliche Informationen kaufmännischer oder technischer Art austauschen oder einem Vertragspartner aus dem Bereich des anderen Vertragspartners bekannt werden, die als „vertraulich“ oder „geheim“ gekennzeichnet sind oder die Geschäftsgeheimnisse im Sinne des Geschäftsgeheimnisgesetzes sind, verpflichten sie sich, diese Informationen streng vertraulich zu behandeln und ohne Zustimmung des jeweils anderen Vertragspartners weder Dritten zugänglich zu machen noch außerhalb der Durchführung dieses

Allgemeine Geschäftsbedingungen der EasternGraphics GmbH („AGB-Allgemein“) (Stand 2023-01-01)

Vertrages in irgendeiner Weise zu nutzen. Ausgenommen von der wechselseitigen Geheimhaltungsverpflichtung sind solche Informationen, die nachweislich

- a) allgemein offenkundig sind oder ohne Zutun eines Vertragspartners offenkundig werden oder
- b) einem Vertragspartner aus einer anderen Quelle bekannt werden, die gegenüber dem anderen Vertragspartner nicht zur Geheimhaltung verpflichtet ist oder
- c) aufgrund zwingender gesetzlicher Bestimmungen von einem Vertragspartner (insbesondere gegenüber Gerichten, Strafverfolgungsorganen, und Behörden) offengelegt werden müssen.

Bei verpflichtender Offenlegung gem. Ziffer XII. Absatz (1) lit. c) ist diese auf das qualitativ und quantitativ geringstmögliche Maß zu beschränken.

(2) Arbeitnehmer und beauftragte Dritte der Vertragspartner, die Kenntnis von den vertraulichen Informationen bekommen können oder müssen, sind vorher in geeigneter Weise zur Geheimhaltung zu verpflichten.

(3) Jeder Vertragspartner hat den anderen Vertragspartner unverzüglich zu informieren, wenn die Kenntnisnahme vertraulicher Informationen durch Dritte erfolgt oder zu erwarten ist, damit die Vertragspartner diese Kenntnisnahme verhindern oder begrenzen und drohenden Schaden abwenden können.

(4) Jeder Vertragspartner verpflichtet sich, alle ihm von dem jeweils anderen Vertragspartner übermittelten vertraulichen Informationen jederzeit nach entsprechender Aufforderung an den anderen Vertragspartner zu übergeben oder nach dessen Wahl zu vernichten, ohne dass Kopien oder Aufzeichnungen zurückbehalten werden. Eigene Aufzeichnungen, Zusammenstellungen und Auswertungen, die vertrauliche Informationen enthalten, sind auf Aufforderung des anderen Vertragspartners unverzüglich zu vernichten; elektronisch übermittelte und/oder gespeicherte vertrauliche Informationen sind zu löschen. Die durchgeführte Vernichtung/Löschung ist dem anderen Vertragspartner auf Aufforderung schriftlich zu bestätigen.

(5) Vertraulichen Informationen, deren Aufbewahrung gesetzlich vorgeschrieben ist, dürfen für die gesetzlich vorgeschriebene Aufbewahrungsdauer sicher und vor dem Zugriff Dritter geschützt aufbewahrt werden und sind dann unverzüglich zu vernichten.

(6) Vertrauliche Informationen, die Grundlage oder Beweise für Ansprüche eines Vertragspartners gegen den anderen Vertragspartner sind, dürfen innerhalb der Verjährungsfrist der jeweiligen Ansprüche sicher und vor dem Zugriff Dritter geschützt aufbewahrt werden und sind dann unverzüglich zu vernichten.

(7) Die Laufzeit dieser Geheimhaltungsvereinbarung gilt auch nach Beendigung der zwischen den Vertragspartnern bestehenden Verträge fort.

XIII. Sonstiges

(1) Erfüllungsort für Lieferungen und Leistungen sowie Zahlungsort ist Ilmenau. Gerichtsstand ist - soweit gesetzlich zulässig - Erfurt (Deutschland). Das gleiche gilt für den Fall, dass der Kunde keinen allgemeinen Gerichtsstand im Inland hat. EGR ist jedoch auch berechtigt, am Sitz des Kunden zu klagen.

(2) Es gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Die Anwendung des UN-Kaufrechts (CISG) ist ausgeschlossen.

(3) Nebenabreden und Änderungen zu den Verträgen und zu den AGB-Allgemein bedürfen der Schriftform. Das gilt auch für den Verzicht auf das Schriftformerfordernis. Elektronische Dokumente, wie z.B. E-Mail mit Absenderkennung gelten als Schriftform im Sinne dieser AGB-Allgemein.

(4) Sollten einzelne Bestimmungen nicht rechtswirksam sein oder ihre Rechtswirksamkeit durch einen späteren Umstand verlieren oder sollte eine Regelungslücke festgestellt werden, so wird hierdurch die Rechtswirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Der Kunde und EGR werden unwirksame Bestimmungen und Regelungslücken unverzüglich nach ihrer Entdeckung durch solche Bestimmungen ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck des Vertrages entsprechen oder am nächsten kommen. Anderenfalls gelten an deren Stelle die gesetzlichen Regelungen der Bundesrepublik Deutschland.